

Ausländermetropole Berlin: Integration West und Integration Ost?

Hinrichs, Wilhelm

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hinrichs, W. (2007). Ausländermetropole Berlin: Integration West und Integration Ost? *Deutschland Archiv*, 40(6), 987-998. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-212455>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

erwartbaren Unterschiede zwischen den einzelnen Ebenen politischer Repräsentation, die dem grundsätzlich unterschiedlichen Beteiligungsgrad entsprechen.²⁰ Fragt man die Bürger nach der individuellen Wichtigkeit der Entscheidungen von Parlamenten, so sagten im Jahr 2004 87 Prozent der Befragten, dass die Entscheidungen des Bundestags für sie »wichtig« bzw. »sehr wichtig« sind. 1979 hatten dies 92 Prozent erklärt. Den Entscheidungen des Landtags sprechen immerhin 78 Prozent der Befragten Wichtigkeit zu. Im Jahr 1979 lag der Anteil mit 81 Prozent nur geringfügig höher. Die Entscheidungen von Kommunalparlamenten sind im Jahr 2004 für 73 Prozent der Befragten wichtig (1979: 82 Prozent), diejenigen des Europäischen Parlaments für 57 Prozent (1979: 63 Prozent). Mithin kann zwar ein leichter Trend hin zu einem subjektiv empfundenen Bedeutungsverlust der Entscheidungen von Europäischem Parlament, Landes- und Kommunalparlamenten festgestellt werden. Den massiven Rückgang der Wahlbeteiligung auf diesen Ebenen erklären die jeweiligen Differenzen zu früheren Erhebungen aber nicht.

Was sind also die auslösenden Faktoren der angezeigten Entwicklung? In der Literatur werden zur Erklärung von Verdrossenheitseinstellungen vornehmlich Variablen offeriert, die den ebenenspezifischen

Charakter vermehrter politischer Nichtteilnahme kaum erfassen können: zum Beispiel die vermeintlich ausgeprägte Abkehr vom Repräsentationsprinzip, die mangelnde Zufriedenheit mit Politikergebnissen und das fehlende Vertrauen in die politische Klasse. Aufschlussreicher wäre es sicherlich, die zunehmende Konzentration politischer Orientierung auf die Bundesebene (zwar nicht monokausal, jedoch ganz erheblich) als mögliche negative Folge der Veränderung des Parteiwesens zu begreifen. Insbesondere die Volksparteien fungierten lange Zeit als zentrale Institutionen zur ebenenübergreifenden Orientierung bei Wahlen. Fraglich ist, inwiefern Tendenzen hin zur Professionalisierung und Konsensualisierung der politischen Auseinandersetzung die Erfüllung dieser Funktion beeinträchtigen. Auch die Auswirkungen des vielbeklagten Mitgliederverlusts dürften in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen sein. Mit solchen Analysen wäre sicherlich mehr gewonnen als mit dauernden Verweisen auf einen gleichsam griffigen wie nichtssagenden Begriff.

20 Vgl. die Daten der Forschungsgruppe Wahlen bei Dieter Roth/Bernhard Kornelius, *Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13. Juni 2004*, in: *APuZ*, 17/2004, S. 52f.

Ausländermetropole Berlin: Integration West und Integration Ost?

Wilhelm Hinrichs, Berlin

1. Einleitende Bemerkungen

Die Zuwanderung von Ausländern nach Berlin-West und Berlin-Ost verlief bis 1990 sehr unterschiedlich. Der Westteil der Stadt zählte in jenem Jahr 312 400 Ausländer, das waren 14,5 Prozent der Gesamtbevölkerung.¹ Die seit 1955 angeworbenen Arbeitskräfte aus Italien, der Türkei, Jugoslawien und anderen Ländern kamen in den 60er-Jahren verstärkt nach Westberlin. Da sie einfache Tätigkeiten in der

Industrie- und Bauproduktion ausführten und zum wirtschaftlichen Aufschwung beitrugen, wurden sie von der Westberliner Bevölkerung gerne aufgenommen und akzeptiert. Eine beabsichtigte Rotation der Arbeitskräfte stellte sich nicht ein, sie widersprach wirtschaftlicher Vernunft und auch den Bedürfnissen

1 Statistisches Landesamt Berlin, *Statistisches Jahrbuch* 1991, S. 52f; dass. 1992, S. 49.

der Zugewanderten. Daher erhöhte sich die Zahl der Ausländer trotz eines Anwerbestopps im Jahre 1973 durch Nachzug von Ehegatten und Kindern sowie höhere Geburtenraten als bei der deutschen Bevölkerung kontinuierlich. Die Politik ließ die ausländischen Bevölkerungsgruppen bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse gewähren.

In Berlin-Ost wohnten 1990 21 800 Ausländer, das waren nur 1,7 Prozent der gesamten Bevölkerung.² Sie waren vorrangig im Produktionsbereich von Großbetrieben beschäftigt. Ihre Anwesenheit war durch Regierungsabkommen mit Vietnam, Polen, Kuba, Mosambik und Angola geregelt, und zwischenstaatlich hatte man vertraglich vereinbart, dass sie jeweils nach fünf Jahren die DDR bzw. Ostberlin verlassen. Familiennachzüge waren nicht vorgesehen, eine längerfristige Integration nicht beabsichtigt. Sie wohnten überwiegend in Wohnheimen. Bis auf eine Mehrheit der Vietnamesen und Polen kehrten nach der »Wende« die meisten der anderen Ausländer in ihre Heimatländer zurück.

Die unterschiedliche Ausländersituation zwischen beiden Stadthälften bis zur deutschen Vereinigung war geprägt durch eine starke Differenz im Umfang der Zuwanderung und die unterschiedlichen Herkunftsgebiete, auch existierte ein unterschiedliches politisches Verständnis von Integration. Während in der DDR und Berlin-Ost eine längerfristige Integration nicht beabsichtigt war, glaubte man in der alten Bundesrepublik und Berlin-West, sie werde sich im Selbstlauf vollziehen. »Integration kann staatlicherseits nicht verordnet werden, sondern entsteht durch Kooperation am Arbeitsplatz, in Elternpflegschaften und Berufsverbänden, durch Begegnungen, gemeinsame Erfahrungen und Aktionen von Deutschen und Ausländern«³, so die lange verbreitete politikwissenschaftliche Meinung. Zwar ist das Alltagsleben besonders wichtig für die individuelle soziale Integration, doch haben Staat und Kommunen einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Dementsprechend ist zu fragen, ob Probleme, die bei der Ausländerintegration in Berlin auftreten, zum Teil aus der unterschiedlichen Historie in beiden Stadthälften zu erklären sind.

Zur Beantwortung der Frage werden zuerst Inhalt und mögliche Methoden von Integration theoretisch

skizziert. Danach wird die ausländische Bevölkerung Berlins anhand statistischer Daten nach Umfang, Herkunftsgebieten und räumlicher Verteilung vorgestellt und nach sozialen Merkmalen beschrieben. Es folgt die Schilderung des beobachteten Integrationsalltags in einem West- und einem Ostberliner Wohngebiet. Diese Informationsbasis – theoretisches Grundverständnis, Statistik, Beobachtungswissen – erlaubt es schließlich, einen Ausblick zu geben.

2. Theoretisches Grundverständnis von Ausländerintegration

Um Ausländerintegration empirisch zu beschreiben, bedarf es der Zerlegung des Begriffs in beobachtbare Sachverhalte. In einem ersten Schritt lässt sich soziale Integration in drei Hauptdimensionen gliedern: »Lebensbedingungen«, »Werte und Orientierungen« und »Soziale Interaktion«.⁴ Im zweiten Schritt können die Dimensionen in alltagsrelevanten Begriffen ausgedrückt werden. Die Lebensbedingungen finden ihren alltäglichen Ausdruck insbesondere in den Bildungsabschlüssen/der Sprachkompetenz, in der Erwerbs- und der Wohnsituation. Die Dimension der Werte/Orientierungen äußert sich dezidiert in den familialen Orientierungen, der Identifikation mit dem Aufnahmeland und der Wahrnehmung der eigenen Identität. Schließlich sind für die Erfassung der sozialen Interaktion die Staatsbürgerschaft, die Partizipation und die alltäglichen Kontakte von hauptsächlichem Wert. Dieses komplexe Verständnis von Integration ist als Abbildung 1 dargestellt (siehe nächste Seite).

Der wissenschaftliche Ausgangspunkt einer Debatte zur Art und Weise der Ausländerintegration ist das Verhältnis von Verschiedenheit und Gemeinsamkeit. In den hierzulande und auch international erörterten Grundmodellen der Integration wird dieses Verhältnis unterschiedlich gewichtet.

2 Vgl. Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport 1992. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1993, S. 43.

3 Vgl. Wolfgang W. Mickel (Hg.), Handlexikon der Politikwissenschaft, München 1986, S. 28.

4 Vgl. Wilhelm Hinrichs, Ausländische Bevölkerungsgruppen in Deutschland, Berlin 2003, S. 14.

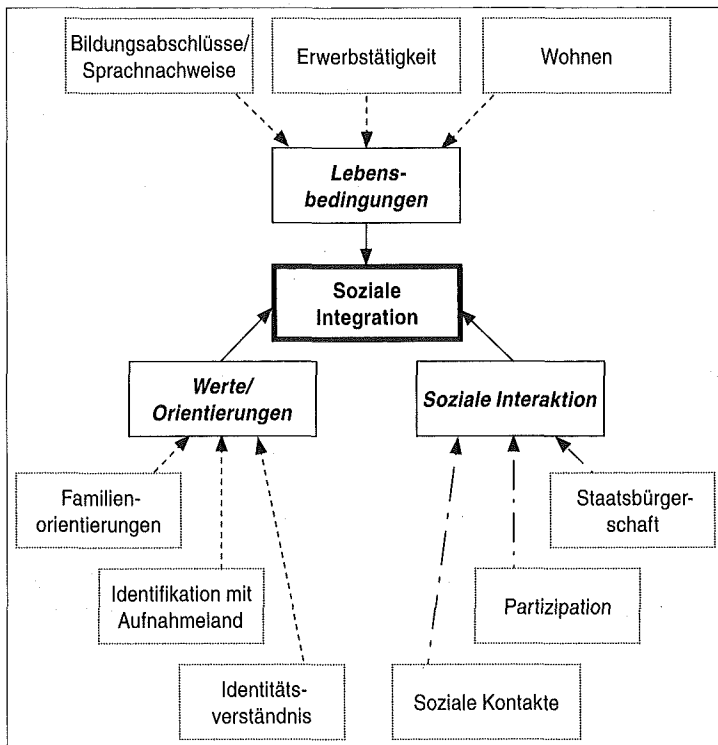


Abb. 1: Inhalt von sozialer Integration ausländischer Gruppen

national verortet ist. Im Gegensatz hierzu internationalisieren Bildung, Kultur und Gesellschaften sich immer mehr. Heute ist von universellen, länder- und nationenübergreifenden Menschenrechten, weltweiter Kommunikation und Mobilität von Personen auszugehen.

Nach dem *Konfliktmodell* verlieren klassische Integrationseinrichtungen wie Familie, Schule, Betrieb oder Kirche an Einfluss für die Bildung stabiler Wertemuster. Integration soll sich mittels Konfliktbewältigung zwischen Individuen und Gruppen vollziehen und so zu Gemeinsamkeit führen. Damit wird »der Konflikt das inhalt-

Das *Multikulturalismusmodell* stellt die Differenz, das heißt die Verschiedenheit der ethnischen Gruppen, die als gegeben akzeptiert werden soll, in den Mittelpunkt. Indem der Status quo der Gruppeneinteilungen als unabdingbar gilt, kommt es zu Verfestigungen in den ethnischen Trennungen. Praktische Folgen können unter anderem die Entstehung nonkonformistischer Subgruppen und separierte Wohngebiete sein. In der wissenschaftlichen Diskussion werden die engen Grenzen dieses Modells immer deutlicher, einige sehen hierin eher die Quelle sozialer Desintegration und teilweise eine Rechtfertigung fehlenden politischen Gestaltungswillens.⁵ Beim Multikulturalismusmodell handelt es sich also eher um ein Koexistenz- denn um ein Integrationsmodell.

Das *Assimilationsmodell* gründet auf Gemeinsamkeit. Integration soll sich dadurch vollziehen, dass sich Zugewanderte an die im Aufnahmeland herrschenden Werte, kulturellen Muster und sozialen Strukturen anpassen. Der Nachteil dieses Modells besteht darin, dass die integrationsstiftende gemeinsame Basis

lich neutrale, aber gleichwohl integrationsintensivste moderne Medium, damit Gesellschaften nicht auseinander fallen«.⁶ Dieses Modell birgt die Gefahr, dass Ausländer, die sich in der Minderheit befinden, bei der Konfliktlösung benachteiligt sind und dass das Verhältnis zu Fremden per se als konfliktträchtig angesehen wird.

Die drei angedeuteten Modelle wurden in Deutschland jahrzehntelang nach parteipolitischer Orientierung diskutiert, oft verabsolutiert und somit überfordert. Ihre jeweiligen Stärken und Schwächen wurden

5 Vgl. Sigrid Baringhorst, Australia – the Lucky Country? Multikulturalismus und Migrationspolitik im Zeichen neokonservativer Reformen, in: ApuZ, B26/2003, S. 12–18; Anita Böcker/Dietrich Thränhardt, Erfolge und Misserfolge der Integration – Deutschland und die Niederlande im Vergleich, in: ebd., S. 3–11; Rainer Geißler, Multikulturalismus in Kanada – Modell für Deutschland?, in: ebd., S. 19–25.

6 Vgl. Wilhelm Heltmeyer, Gibt es eine Radikalisierung des Integrationsproblems?, in: ders. (Hg.), Was hält die Gesellschaft zusammen?, Frankfurt a. M. 1997, S. 23–65.

zu wenig beachtet. Genauso wenig wurde erkannt, dass jedes dieser Modelle für einzelne Lebensbereiche von unterschiedlichem Wert ist. Multikulturalismus beispielsweise kann in den Bereichen Kultur, Kunst, Ernährung oder Freizeit höchst inspirierend und innovativ sein. Ein erhebliches Maß an Assimilation wird es für zugewanderte Gruppen in den Bereichen Sprache, Arbeit oder Gesetzestreue geben müssen, wollen sie ihre Lebensverhältnisse im Aufnahme-land erfolgreich gestalten. Schließlich sind in den Bereichen individuelle Selbstbestimmung, Frau und Familie oder Religion tiefere Konflikte nicht immer auszuschließen. Die Relativität aller Modelle zeigt, dass keines als *das* staatliche Grundmodell für Ausländerintegration dienen kann, sondern jedes dieser Modelle als Untermodell einzustufen ist.

»Die entscheidende Basis für soziale Integration ist Konsens, Gemeinsamkeit, keineswegs Verschiedenheit, obwohl Verschiedenheit ihren Platz hat.«⁷ Deshalb wird ein *Universalistisches Modell* als staatliches Grundkonzept für Ausländerintegration vorgeschlagen. Mit diesem Modell wird ein allgemein-humanistischer, internationaler Wertekanon als gemeinsame Integrationsbasis für alle ethnischen Gruppen gewählt.⁸ Die Leistungsfähigkeit der Werte und kulturellen Orientierungen einzelner Nationen sind angesichts der Globalisierung begrenzt. Moderne, internationale Integrationswerte können sein: Recht auf Leben, Achtung der Würde und Integrität jedes einzelnen Menschen, Gleichberechtigung, Solidarität mit Schwächeren, menschenwürdiger Mindestlebensstandard für alle, Ehrfurcht vor den natürlichen Lebensgrundlagen. Stützen lässt sich das Modell auch auf Werte, wie sie in internationalen Konventionen bereits festgeschrieben sind. Auf Grund ihres multinationalen und teils

universellen Charakters sind sie geeignet, das gemeinsame Dach aller ausländischen Gruppen zu bilden. Unter dem Dach können sich integrative Wirkungen auf höchst unterschiedliche Weise einstellen: durch wechselseitige Toleranz kultureller Unterschiede, durch Assimilation oder Konfliktaustragung. Die Untermodelle entfalten unter dem Schirm so definierter Gemeinsamkeit ihre bereichsspezifische Wirkung, und zwar ergänzend und nicht konkurrierend.

3. Umfang und Struktur der Berliner Ausländerpopulation

In Berlin leben Menschen aus 180 Staaten, die Hauptstadt ist multinational und weltoffen. Jedoch kommt das Gros der ausländischen Bevölkerung aus wenigen Herkunftsländern: aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, aus Polen, Russland und in Berlin-Ost aus Vietnam. Aus der Tabelle 1 ist zu ersehen, welchen Anteil diese Gruppen an der Gesamtbevölkerung stellen und wie sie sich zwischen 1992 und 2006 quantitativ entwickelten.

7 Vgl. Wilhelm Hinrichs, Ausländerintegration in Deutschland. Auf der Suche nach einem Grundkonzept, in: Sozialmagazin, 29 (2004), 5, S. 12–19.

8 Vgl. Wilhelm Hinrichs, Integration ist planbar. Wie gehen Gesellschaften mit ihren Einwanderern um?, in: Zs. f. Kulturaustausch, 55 (2005), 1, S. 96f; vgl. ders., Ausländerintegration (Anm. 7).

Tab. 1: Berliner Bevölkerung 1992 und 2006 in absoluten Zahlen

Einwohner / Herkunftsland	Berlin-West		Berlin-Ost		Berlin gesamt	
	1992	2006	1992	2006	1992	2006
Einwohner gesamt	2 164 600	2 072 100	1 284 900	1 268 800	3 449 500	3 340 900
Ausländer	341 470	376 280	44 440	87 450	385 910	463 720
Türkei	137 576	111 680	1 162	4 985	138 738	116 665
Ex-Jugoslawien	50 379	48 693	4 924	3 223	55 303	51 916
Polen	20 089	33 789	8 924	9 100	29 013	42 889
Russ. Föderation	—*	8 720	—*	5 345	—*	14 065
Vietnam	—*	2 602	—*	8 911	7 747	11 513

Anm.: für 2006 Stand: 30.06.2006; * = exakte Angaben nicht ermittelbar.

Datenbasis: Statistisches Landesamt Berlin: Fachstatistik »Melderechtlich registrierte Einwohner«, »Melderechtlich registrierte Ausländer« 1992, 2006; eigene Berechnungen.

Als Ausländer gemäß Tabelle 1 gelten melderechtlich erfasste Personen, die nicht über einen deutschen Pass verfügen. Auch nicht gemeldete Zuwanderer, Eingebürgerte und Aussiedler, die durch die Ausländerstatistik nicht erfasst werden, sind aus Integrations-sicht von Interesse. Berücksichtigte man sie, dann wäre von etwa 650 000 Personen auszugehen, etwa 20 Prozent der Bevölkerung Berlins, die aktuell über einen Zuwanderungshintergrund verfügen.

Doch stellen Ausländer, über die die amtliche Statistik berichtet, mit 463 720 Personen im Jahre 2006 die große Mehrheit und den Kern der zugewanderten Bevölkerung dar. Vergleicht man diese Zahl mit jener aus dem Jahre 1992, dann wird deutlich, dass sich die Zuwanderung nach der Wiedervereinigung weiter intensivierte. Während die deutsche Bevölkerung in diesem Zeitraum trotz Einbürgerungen um knapp 200 000 Personen zurück ging, wuchs die Zahl der Ausländer um rund 80 000. In Berlin-West stieg die Ausländerquote von 15,8 auf 18,2 Prozent, in Berlin-Ost von 3,5 auf 6,9 Prozent. Dabei haben die Hauptgruppen sich zahlenmäßig unterschiedlich entwickelt.

Die mit großem Abstand umfangreichste Gruppe für Gesamtberlin und den Westteil ist nach wie vor die türkische Bevölkerung, ihre Zahl hat abgenommen, was jedoch im Wesentlichen statistisch begründet ist. Nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht von 2000 sind in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern mit rechtmäßigem Aufenthalt zunächst deutsche Staatsbürger, bis sie sich spätestens zum 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Zum anderen stellen Türken als größte ausländische Gruppe auch regelmäßig die höchsten absoluten Zahlen an Einbürgerungen. Im Ostteil ist die türkische Bevölkerung gewachsen, von 2,6 Prozent aller Ausländer auf 5,7 Prozent. Diese Entwicklung erklärt sich damit, dass viele türkische Selbständige aus Berlin-West ihre Tätigkeiten im Einzelhandel, Gastronomie und Bau nach Berlin-Ost verlegt haben und hier stark expandierten. Die Zahl der aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien Zugewanderten ist in beiden Stadthälften rückläufig. Viele jugoslawischen Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber, die in den 90er-Jahren nach Berlin strömten und hier geduldet lebten,

sind wieder in die Heimatländer gezogen, namentlich Serben und Kroaten. Ein Teil der Ex-Jugoslawen wählte die deutsche Staatsbürgerschaft.

Den stärksten Zuwachs weisen die Gruppen der Polen und Vietnamesen auf. Zwischen 1992 und 2006 hat sich die polnische Bevölkerung um 48, die vietnamesische um 49 Prozent erhöht. Seit Jahren arbeiten polnische Bürger und eingebürgerte Polen auf den Berliner Großbaustellen als Bauarbeiter, in privaten Haushalten als Reinigungs- und Pflegekräfte oder im Kraftfahrzeuggewerbe, vorwiegend als Händler und »Exporteure«. Auch studieren viele polnische Jugendliche an den Berliner Universitäten. Mit dem Beitritt Polens zur EU im Mai 2004 erhielt die Zuwanderung einen neuen Schub.

Zur ausländischen Bevölkerung Berlins und über die Gebiete, in denen ihr Anteil überdurchschnittlich hoch ist, sind reichlich Sozialdaten erhoben worden. Neben Angaben zur Ausländerpopulation vom Berliner Landesamt für Statistik, verfügen wir über umfangreiche, differenzierte Datensammlungen, die im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und vom Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration erstellt werden.⁹ Aus den Daten ergeben sich erhebliche sozialstrukturelle und soziale Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern. Die ausländische Bevölkerung weist ein niedrigeres Durchschnittsalter auf. Ausländer verfügen mehrheitlich über geringere Bildungsabschlüsse, mehr als 20 Prozent haben gar keinen Schulabschluss. Sie führen überwiegend einfache berufliche Tätigkeiten aus und sind öfter arbeitslos. Überdurchschnittlich leben sie von Sozialtransfers wie der Sozialhilfe. Sie haben oft Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache, und die Kinder

9 Vgl. u. a. Sozialstrukturatlas Berlin, Hg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin 2003; Andreas Kapphan, Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004, Berlin 2004; Frank Gesemann, Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme – Ursachenanalyse – Präventionsmaßnahmen, Berlin 2004; Faruk Sen/Martina Sauer, Türkische Unternehmer in Berlin. Struktur – Wirtschaftskraft – Problemlagen, Berlin 2005; Rainer Ohliger/Ulrich Raiser, Integration und Migration in Berlin. Zahlen – Daten – Fakten, Berlin 2005.

sind häufiger übergewichtig. Diese Feststellungen treffen auch für die ausländische Bevölkerung in Deutschland insgesamt zu.¹⁰ Doch differieren die deutlichen Abstände zur einheimischen Bevölkerung nach Herkunftsländern. Bei den zugewanderten Kroaten, Slowenen und Polen beispielsweise verringern sich die Unterschiede. Nachteilige Merkmale hingegen häufen sich bei Türken und Libanesen, zudem bestehen oft Unstimmigkeiten bezüglich verschiedener Werte und Einstellungen zwischen ihnen und der einheimischen Bevölkerung (etwa zur Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft, zur persönlichen Selbstbestimmung oder zum Stellenwert der Religion in der Gesellschaft). Nach wie vor sind die Herausforderungen für die Berliner Bevölkerung und die Politik zur sozialen Integration speziell der letztgenannten Gruppen hoch.

4. Der Integrationsalltag

81 Prozent aller Ausländer leben im Westteil, wenngleich auf diese Stadthälfte nur 61 Prozent der gesamten Berliner Bevölkerung entfallen. In den westlichen Bezirken Wedding, Kreuzberg und Nord-Neukölln verfügt rund ein Drittel aller Einwohner über einen ausländischen Pass. In einigen Wohngebieten dieser Bezirke verzeichnen wir einen Ausländeranteil von 40 Prozent: Leopoldplatz (Bezirk Wedding), Marianenplatz (Bezirk Kreuzberg) oder Karl-Marx-Straße (Nord-Neukölln). Die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerungsgruppen in der westlichen Stadthälfte ist nach den bis 2001 gültigen kleineren Bezirken in Abbildung 2 und 3 (auf der nächsten Seite) ausgewiesen.

4.1. Beobachtungen in einem westlichen Wohngebiet

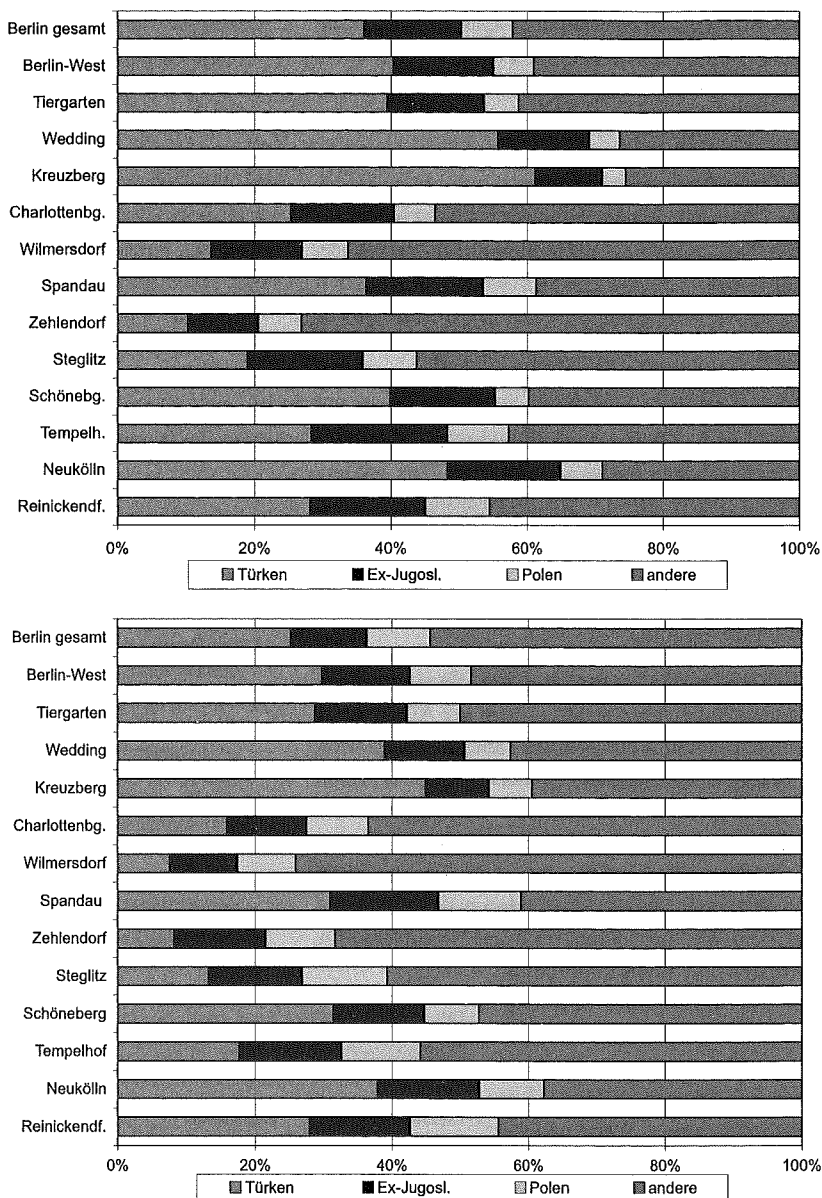
Da im Westteil der Stadt das Ausländerbild sowohl 1992 als auch 2006 von der türkischstämmigen Bevölkerung bestimmt wird (2006 ca. 30 Prozent aller Ausländer), wählen wir für eine systematische Alltagsbeobachtung ein Wohnviertel aus, in dem rund 40 Prozent der Ausländer Türken sind: den Kottbusser Damm, eine Nord-Süd-Verbindung zwischen dem Kottbusser Tor (Kreuzberg) und dem Hermannplatz (Neukölln). Wir beginnen die Beobachtungstour am Kottbusser Tor. Der Platz ist eingerahmt von mehrge-

schoffenen Plattenbauten, in denen fast ausschließlich türkische Familien wohnen. Nahezu alle Balkone sind bestückt mit Satellitenantennen. Durch ein »Erlebnisplateau Face of Istanbul«, Männeransammlungen und Teestuben fühlen wir uns in eine orientalische Welt versetzt. Wir begeben uns in südliche Richtung auf den Kottbusser Damm. Nach wenigen hundert Metern erreichen wir die Kottbusser Brücke am Landwehrkanal. Hier beginnt das Maybachufer, entlang dessen dienstags und freitags der berühmte Türkemarkt, der in keinem touristischen Werbematerial fehlt, abgehalten wird. Da wir für den Spaziergang einen Freitag gewählt haben, tauchen wir kurzerhand in das Marktgedränge ein. Uns empfangen bis zur Schinkestraße etwa zweihundert Stände, die mit viel Notwendigem und Praktischem bestückt sind: mit leuchtenden Früchten, frischem Gemüse, einheimischen und fremdländischen Gewürzen und Stoffen in allen Farben. Die Waren werden vorrangig in türkischer Sprache, durchsetzt mit einigen deutschen Vokabeln, angepriesen. Die Hauptanbieter sind ältere türkische Männer, die Hauptkundschaft besteht aus türkischen Frauen, älteren und jüngeren, oft mit Kindern, fast immer mit Kopftuch bekleidet. Auf dem Kottbusser Damm wandern wir weiter in Richtung Hermannplatz. Die Mehrzahl der Passanten, Händler, Einkaufende, Spaziergänger, sind Türken. Unzählige Geschäfte bieten an, was täglich zum Essen, Trinken und Kleiden benötigt wird und was die anatolische Familie sonst noch braucht. Geworben dafür wird in türkischer Sprache. Für türkische Aufsteiger steht gleichfalls die gesamte Palette an Dienstleistungen in heimatssprachlicher Vertrautheit zur Verfügung. Die Turkish Airlines unterhalten hier ein Büro, türkische Banken, Reisebüros und Anwälte stehen zur Verfügung, und die Jugendlichen können türkische Fahrschulen besuchen. Last but not least werden für das Lebensende internationale Bestattungen mit Überführung in das Heimatland annonciert.

10 Vgl. u. a. Datenreport 2006, Hg. Statistisches Bundesamt, Bonn 2006, S. 565–572; Hartmut Esser, *Integration und ethnische Schichtung*, Mannheim 2001; Joachim Frick, *Integration von Migranten in Deutschland auf Basis national und international vergleichbarer Mikrodaten*, Berlin 2006; Hinrichs, *Bevölkerungsgruppen* (Anm. 4).

Auf halber Höhe zwischen Kottbusser Tor und Hermannsplatz treffen wir eine Gruppe junger Türken, etwa zwischen 14 und 18 Jahren, vor einem größeren Geschäft. Während die zwei Mädchen der Gruppe, mit Kopftüchern bekleidet, mit Wasserbehälter und Schwamm ausgestattet, sich redlich mühen, den Schmutz vom Schaufenster zu entfernen, stehen die drei Jungen plaudernd und rauchend abseits. Kurz bevor wir das Ende des Damms am Hermannsplatz erreichen, kommt uns eine weitere Gruppe türkischer Jugendlicher, dieses Mal bestehend aus fünf männlichen Personen, im ungefähren Alter zwischen 16 und Mitte 20, entgegen. Sie tragen teure Kleidung und haben das Cap zur Seite oder nach hinten gerückt. Mit ihren tänzelnden Schritten und herausfordernden Blicken erwecken sie einen streitsüchtigen Eindruck. Da wir sie um die Mittagsstunde auf der Straße treffen, sind sie offenbar ohne Schul- oder Arbeitsverpflichtungen, eventuell lehrstellen- und arbeitslos. Auf gleicher Höhe biegt die Gruppe plötzlich nach links und verschwindet in ein Telecafé. Solche Cafés, Wett-/Spielcasinos, Männer-Teestuben

Abb. 2 und 3: Ausländische Hauptgruppen Berlin-West 1992 und 2006



und Kleingaststätten, in denen viele türkische Jugendliche ihre Zeit verbringen, gibt es hier zuhauf.

In der türkischen Community agieren einerseits etablierte und einflussreiche Banker, Anwälte sowie

Groß- und Einzelhändler, andererseits fühlen sich viele Jugendliche ausgeschlossen. Eine derartige soziale Kluft lässt sich auch auf der allgemeineren Ebene nachweisen. In Berlin sind etwa 6000 türkischstämmige Selbständige mit durchschnittlich fünf Mitarbeitern und einem jährlichen Durchschnittsumsatz von stattlichen 400 000 Euro pro Unternehmen ansässig. Die Gründung weiterer Unternehmen, ohne öffentliche finanzielle Fördermittel, wird von der Mehrzahl der Selbständigen als unproblematisch angesehen. In ganz Berlin setzen *alle* türkischen Unternehmen jährlich 2,3 Milliarden Euro um.¹¹ Die Unternehmer verfügen durchaus über Macht und Einfluss. Söhne und Töchter dieser Schicht leben sicher und sorglos, sie studieren und sind beruflich erfolgreich. Sie chatten in der Freizeit miteinander und feiern ihre wöchentlichen Partys in schicken Clubs im boomenden Bezirk Mitte.¹² Solche Familien verlassen häufig die problematischen Wohngebiete und Bezirke wie Kreuzberg und das nördliche Neukölln und ziehen in die Randgebiete, wo wenige Ausländer wohnen, etwa nach Steglitz.

Für jene ausländischen Gruppen, die nicht zu den sozialen Aufsteigern gehören, sieht der Alltag meist weniger freundlich aus, wie mit Tabelle 2 belegt wird. In wesentlichen Integrationsindikatoren verzeichnen wir einen großen Abstand zwischen der Mehrzahl der ausländischen und deutschen Bevölkerung in Berlin. Für Türken, einschließlich der eingebürgerten, stellt sich die soziale Situation, besonders in den genannten Bezirken Wedding, Kreuzberg und Nord-Neukölln, mehrheitlich noch schlechter dar. Die türkische Bevölkerung ist deutschlandweit jene Gruppe, die in allen Integrationsindikatoren wie Sprache, Bildung, Lebensbedingungen, Werte und soziale Interaktion noch die größte Diskrepanz zur deutschen Bevölkerung aufweist.¹³

Neben gravierenden sozialen Ungleichheiten innerhalb der türkischstämmigen Bevölkerung existiert dennoch eine gemeinsame Identität und Gruppenbindung. Das Verbindende besteht

vorrangig in der Sprache und Religion. Lediglich ein Drittel der Türken benutzt ausschließlich die deutsche Sprache als Umgangssprache.¹⁴ 83 Prozent der Türken bezeichnen sich als religiös.¹⁵ In Berlin existieren 123 islamische Begegnungsstätten (Moscheen und Versammlungsräume).¹⁶ Dennoch können die Moscheen freitags den Besucherstrom kaum aufnehmen. Kinder türkisch- und arabischstämmiger Eltern lernen in einigen allgemeinbildenden Schulen der Bezirke Wedding, Kreuzberg und Nord-Neukölln fast unter sich, sie bilden mitunter 80 Prozent der Schülerschaft. Von den deutschen Berlinern würden laut Umfragen 62 Prozent ihre Kinder nicht in solche Schulen schicken.¹⁷ In Kreuzberg entstehen eigene türkische Senioren-Pflegeheime; das erste Haus »Türk Huzur Evi« wurde im Dezember 2006 eingeweiht. Sollte dies auch

11 Vgl. Sen/Sauer (Anm. 9), S. 19 u. 36.

12 Vgl. www.randevuturka.de (29.6.2007).

13 Vgl. Hinrichs, Bevölkerungsgruppen (Anm. 4), S. 49.

14 Vgl. Deutsche Sprachfähigkeit und Umgangssprache von Zuwanderern, in: DIW-Wochenbericht, 24/2001, S. 366.

15 Vgl. Hacı Halil Uslucan, Kulturelle Werte und Identität, in: Die Situation der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland. Gutachten i. A. des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, Berlin 2004, S. 76; weitergehend zu religiösen Einstellungen junger Türken: Frank Gesemann, Die Integration junger Muslime in Deutschland, Berlin 2006, S. 8–10.

16 Vgl. Statistisches Jahrbuch 2006, hg. Statistisches Landesamt Berlin, Berlin 2006, S. 167.

17 Vgl. Forsa-Umfrage, in: Berliner Zeitung, 27.12.2006.

Tab. 2: Sozialindikatoren nach deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit in Berlin 2003 (in Prozent)

Sozialindikator	Definition	Personen deutscher Staatsangehörigkeit	Ausländer
Ohne Hauptschulabschluss	Anteil an allen Schulabgängern	11	24
Abitur	Anteil an allen Schulabgängern	33	12
Arbeitslosigkeit	Anteil an allen Erwerbspersonen	17	38
Sozialhilfequote	Anteil an der Bevölkerung	6	16

Quelle: Ohliger/Raiser (Anm. 9), S. 27–35.

die Perspektive der zweiten und dritten Generation sein, verfestigte sich die bereits eingetretene Separation weiter. Im Soldiner Kiez (Wedding) hat sich eine Art türkischer Kiezpolizei gebildet, die sogenannten »Cool Stepps«, die im Viertel nach eigenen Angaben Streife laufen, weil die »deutschen Mitarbeiter des Ordnungsamtes eher Schwierigkeiten in diesem Gebiet hätten«.¹⁸ Viele Einzelbeispiele, von denen nur zwei besonders aufsehenerregende angeführt werden, sprechen für die Existenz einer parallelen Wertewelt. Als die Rechtsanwältin Seyran Ates türkische Mandantinnen gegen gewalttätige Männer verteidigte, musste sie wegen Bedrohung und Verfolgung im Sommer 2006 ihre Kanzlei in Berlin-Mitte schließen und von der Polizei beschützt werden. Die 23-jährige Hatun Sürücü wurde 2005 von ihrem jüngsten Bruder in Tempelhof erschossen, weil die Familie ihren westlichen Lebensstil ablehnte.

Zwar beobachten wir innerhalb der türkischstämmigen Bevölkerung im Westteil Berlins weithin eine sprachliche und religiöse Gemeinsamkeit, doch eine unzureichende praktische Solidarität mit den zum Teil entwurzelten Jugendlichen und Heranwachsenden. Türkische Jugendliche ohne ausreichende Bildung, arbeits- und perspektivlos, erfahren weder durch die eigene Bevölkerungsgruppe noch durch die deutsche Politik ausreichende Hilfe und Unterstützung.

Die entscheidenden Zuwanderungsjahre in Berlin-West waren durch zwei pointierte gesellschaftliche Stimmungen geprägt, zum einen durch eine große Aufnahme-freundlichkeit, geboren aus dem dringenden Bedarf an einfachen Arbeitskräften, und zum anderen durch die sozialromantische Laissez-faire-Euphorie der 60er-Jahre. Das gesellschaftliche Klima führte zu einem theorie-losen, unverbindlichen »Multikulti«-Ideal, das in Politik und Bevölkerung nachwirkt und, gepaart mit teilweiser starker räumlicher Konzentration, die Trennung verfestigt hat. Ohne Zögern kann man »die 12 Essentials der Berliner Integrationspolitik« unterschreiben,¹⁹ die darauf reagieren und die die Arbeitsfelder und Verpflichtungen der Berliner Landespolitik umreißen. Doch sollte man sich nicht scheuen, auch solidarische Integrationsbeiträge von den türkischen Familien, Vereinen und Verbänden einzufordern. Auch liegen erhebliche Reserven in der ökonomisch starken Gruppe der türkischen Selbst-

ständigen auf dem Gebiet der Lehrausbildung und der Beschäftigung brach. Mit ihrer Erschließung könnten diese Gruppen noch breiter integrationsstiftend in die eigene Bevölkerung ausstrahlen.

4.2. Beobachtungen in einem östlichen Wohngebiet

Im Vergleich zum Westteil ist die Ausländerpopulation in Berlin-Ost nach nationaler Herkunft und Wohnsitz gleichmäßiger verteilt, wie Tabelle 3 (rechts) zeigt.

Die zahlenmäßig stärkste ausländische Gruppe im Berliner Osten sind mit 10,5 Prozent die Vietnamesen. Polen stellen einen fast gleich hohen Anteil. Türken sind mit 5,7 Prozent vertreten, ihre Zahl steigt aber stetig. Ausländer aus westlichen Ländern, zum Beispiel Amerikaner, Franzosen und Briten, sind seit der deutschen Einheit verstärkt auch in die aufgewerteten östlichen Modebezirke Mitte, Prenzlauer Berg und Pankow gezogen.

Für die Beobachtung des Ausländeralltags in Berlin-Ost wählen wir das Wohngebiet um den Bahnhof Lichtenberg. Hier liegt der Ausländeranteil mit rund 10 Prozent über dem Ostberliner Durchschnitt von 6,9 Prozent, und die Anteile nach Herkunftsgebieten entsprechen der allgemeinen Verteilung im Berliner Osten. Das Gebiet mit dem Zentrum Weitlingstraße ist bebaut mit soliden Mietwohngebäuden der Zeit um 1900. Die Wohnungen sind vielfach noch nicht modernisiert, die Mietpreise daher moderat.

Auch durch dieses Gebiet unternehmen wir eine Beobachtungstour, beginnend am nordöstlichen Ende der Straße, das durch drei Bahnhöfe markiert wird: einen Regionalbahnhof sowie den S- und U-Bahnhof Lichtenberg. Schon in den Bahnhofsgebäuden wird ein Reisender von beflissenen vietnamesischen Blumen- und Gemüsehändlern begrüßt, und er kann sich mit italienischen und türkischen Schnellgerichten beköstigen. Auch auf dem Bahnhofsvorplatz sind wir umringt von bunten Pizzerien und Döner-Kebab-Bistros. Sie liegen an den drei Ein- und Ausgängen

18 Vgl. Berliner Zeitung, 13.12.2006.

19 Vgl. Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken, Abgeordnetenhaus Berlin, Drs. 15/4208, 23.8.2005.

Tab. 3: Ausländische Bevölkerung Berlin-Ost 1992 und 2006 nach Bezirken

Bezirk	Zahl d. Ausländer absolut		Nach Herkunftsgebieten in Prozent							
	1992	2006	Türkei		Ex-Jugosl.		Polen		Vietnam	
			1992	2006	1992	2006	1992	2006	1992*	2006
Berlin ges.	385910	463720	35,9	25,2	14,3	11,1	7,5	9,3	–	2,5
Berlin-Ost	44440	87450	2,6	5,7	11,1	6,4	20,1	10,4	–	10,5
Mitte	5130	13790	2,9	6,4	11,0	4,1	12,8	11,9	–	3,9
Friedr.-hain	3300	13110	5,8	11,6	15,2	3,8	10,4	4,8	–	9,6
Prenzl.-bg.	4020	16380	5,5	5,8	11,2	2,2	7,5	4,7	–	3,0
Weißensee	1170	2490	2,6	2,9	28,5	10,7	9,5	11,4	–	7,4
Pankow	2590	5050	3,5	3,8	13,9	5,7	13,9	18,3	–	8,0
Treptow	1870	4570	6,4	13,2	11,7	5,5	14,7	12,1	–	7,8
Köpenick	2430	3270	1,2	3,6	22,5	19,1	11,6	17,3	–	11,0
Marzahn	5120	5780	1,2	4,4	7,3	7,2	21,2	6,7	–	19,9
Hellersdorf	2830	2710	2,5	4,2	5,9	6,9	37,3	13,8	–	20,9
Lichtenberg	11310	15080	1,4	3,0	7,9	9,2	31,2	15,5	–	17,6
Hohensch.	4680	5220	1,9	2,8	11,1	15,3	19,8	11,7	–	18,1

Anm.: für 2006 Stand: 30.6.2006; *= exakte Angaben nicht ermittelbar.

Datenbasis: Statistisches Landesamt Berlin: Fachstatistik »Melderechtlich registrierte Ausländer« 1992, 2006; eigene Berechnungen.

und im unmittelbaren Umkreis der Bahnhöfe, Tag und Nacht erstrahlen sie in grellen Farben.

Wir wenden uns in die Weitlingstraße, die hier mit einem Döner-Kebab-Bistro ihren Anfang nimmt. Es folgen ein vietnamesischer Gemüseladen, ein Geschäft für Asia-Spezialitäten, ein vietnamesischer Blumenladen und ein italienisches Eiscafé. Der Straße folgend, stellt sich eine Abwechslung allerdings nicht ein. Es wiederholen sich eine Pizzeria, eine weitere Döner-Kebab-Stube, das Gemüseangebot des Vietnamesen und ein Laden für griechisch-italienische Spezialitäten. Nebenbei werden wir Zeuge einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem türkischen Händler und einem Russisch sprechenden Kunden, in der es wohl um einen Verkaufspreis geht. Die Beteiligten finden sprachlich nicht zueinander. Man hört unter Bewohnern und Passanten häufig die russische Sprache, es sind meist Russlanddeutsche, die sich besonders im Nordosten Berlins, den Bezirken Lichtenberg, Hohenschönhausen, Hellersdorf und Marzahn niedergelassen haben. Die Menschen, die die Weitlingstraße am zeitigen Nachmittag beleben, sind vor allem Rentner, die hier schon vor der »Wende«

wohnten, junge Leute, manche mit einer Bierflasche in der Hand, die wohl ohne Arbeit sind, Aussiedler, Durchreisende und Geschäftsleute verschiedener nationaler Herkunft. Überwiegend geraten statusniedrigere Gruppen in den Blick. In und vor den Läden treffen wir auch deutsche Händler, sie wollen in der belebten Straße ebenfalls Geschäfte machen. Diesen Wunsch sollen wohl ein Schnellrestaurant mit dem plakativen Namen »Ossitempel« oder ein Tattoostudio »Ostzone« ausdrücken. Vielleicht sind sie als Zeichen für einen Behauptungswillen langjähriger Bewohner gemeint. Bevor wir das südwestliche Ende der Schnellverpflegungsmeile erreicht haben, erblicken wir eine für die meist älteren Anwohner der umliegenden Straßen lebensnotwendige Apotheke. Auf der anderen Straßenseite endet der geschäftige Teil der Straße mit einem Supermarkt, dem einzigen im weiten Umkreis, und so, wie er am Bahnhof beginnt, mit einem Döner-Kebab-Bistro. Gleichwohl haben sich für die Bewohner einige andere praktische Einrichtungen erhalten. Friseur- und Schuhgeschäft, Schlüsseldienst und Fahrradreparatur, Optiker und Goldschmied und ein Leuchtengeschäft bieten willkommene Abwechslung zu den Fast-Food-Stätten.

Alles in allem hat sich die Weitlingstraße als Wohn- und Geschäftsstraße radikal verändert. Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung ist noch geringer als am Kottbusser Damm, dennoch trägt dieses Ostberliner Gebiet multinationalen Charakter. Bewohnerstruktur, Handel und Verkehr werden erstrangig von den Mietpreisen und Händlererlösen bestimmt. Entsprechend elementar und einseitig – auf die Durchreisenden und ansässigen sozialen Schichten ausgerichtet – sind die Marktangebote. Die konsequente Ökonomisierung ist verbunden mit einer einseitigen und banalen Geschäfts- und Handelsstruktur, Verkehrslärm und dem Verlust persönlicher Beziehungen und kultureller Lebensqualität in der alten Straße.

Noch wird das Ausländerbild, anders als am Kottbusser Damm, von Vietnamesen und Polen, wie im Ostteil insgesamt, bestimmt. Doch gelangen aus dem Westteil zugezogene Türken und Italiener zunehmend in den Vordergrund. Vietnamesen widersetzen sich dieser Tendenz. Ihre Zahl ist deutlich gewachsen.²⁰ Seit längerer Zeit drängen sie als selbständige Blumen-, Obst/Gemüse- und Textilwarenhändler, als Imbissbetreiber oder als Änderungsschneider auf den Arbeitsmarkt. Die polnischen und vietnamesischen Zuwanderer gelten als gut ausgebildet, fleißig und anpassungsfähig. Von deutschen Berlinern abweichende Wertvorstellungen oder individuelle religiöse Überzeugungen werden nicht demonstrativ öffentlich gemacht. Daher stellen diese Gruppen eine ernstzunehmende wirtschaftliche Konkurrenz dar, wenn die italienischen und türkischen Zuwanderer aus Berlin-West ihre Tätigkeit in den Ostteil verlagern bzw. ausweiten. Auch die russischsprachige Bevölkerung weist günstigere Werte in den Integrationsindikatoren wie etwa bei der Beherrschung der deutschen Sprache und bei den Bildungsabschlüssen auf.

Im beobachteten Lichtenberger Gebiet treffen ausländische Geschäftsleute und Händler aus dem Westteil auf eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation, die der in den Jahren der Zuwanderung nach Berlin-West grundlegend widerspricht. Es herrscht kein Mangel an Arbeitskräften. Sie bringen ein einseitiges und bekanntes Waren- und Dienstleistungsangebot mit. Eine subjektiv wahrgenommene zögerliche Durchsetzung öffentlicher Ordnung und Sicherheit wird mit ihrer Ansiedlung in Zusammenhang gebracht.

Sie werden daher von anderen ausländischen Gruppen, aber auch von deutschen Bewohnern oft für Verluste von Lebensqualität im Gebiet verantwortlich gemacht. Zwischen einer inhaltlich und methodisch begründeten Integration – wie oben angedeutet – und der Realität besteht im Ostberliner Wohngebiet noch eine große Lücke. Einfache Wohnbedingungen, Einseitigkeit und Banalisierung der Handelsstrukturen, Lärm und relative Rücksichtslosigkeit beeinträchtigen das soziale Leben. Sozial besser gestellte Haushalte verlassen deshalb zunehmend das Wohngebiet. Die Akteure im Bezirk konnten ein stadtplanerisches Leitbild für dieses historisch gewachsene Ostberliner Gebiet als Alternative zum ökonomisch motiviertem Wildwuchs nicht finden. Mit der hilflosen Betriebsamkeit »temporärer Kunstausstellungen« und eines jährlichen »mehrtägigen Festes in der Weitlingstraße« ist die Abwärtsspirale nicht zu stoppen.²¹

5. Ausblick

Gemessen an theoretischen Konzepten ist der Integrationserfolg in West- wie Ost-Berlin zwiespältig zu beurteilen. Er ist vor allem abhängig von den kulturellen Unterschieden zum Herkunftsgebiet der Ausländer und von der Größe der ethnischen Gruppen. Zudem zeigen sich noch deutliche Spuren der unterschiedlichen Zuwanderungsgeschichte in beiden Stadthälften.

Im westlichen Berlin lebt die größte Ausländergruppe, die türkische, in wenigen Bezirken und relativ scharf getrennt von der deutschen Bevölkerung. Die Mehrzahl führt wirtschaftlich, kulturell und religiös ein weitgehend eigenständiges Leben. Ein Teil der Türken hat sich sozial als Mittel- und Oberschicht etabliert, für den größeren Teil stößt die wirtschaftliche und soziale Integration auf Barrieren. Arbeitsplätze, die Türken belegten, sind weggefallen oder werden zunehmend von Personen aus östlichen EU-Ländern belegt. Ausgleichende Unterstützung aus der eigenen Gruppe ist nicht erkennbar. Die Größe der ethnischen Gruppe und ihre unzureichende Einbezie-

20 Vgl. Statistisches Landesamt Berlin, Statistischer Bericht Wanderungen, Berlin 2005.

21 Vgl. Projekte zur Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen, Hg. Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Berlin 2005, S. 8.

hung bei Bildung/Sprache sowie Beschäftigung auf der einen Seite, die Pflege der gemeinsamen Heimatsprache und Religion auf der anderen Seite könnten zum Ausgangspunkt für eine weitere Verfestigung der eingetretenen räumlichen und kulturellen Separierung werden.

In den östlichen Bezirken sind spezielle Ausländer-Wohngebiete wie im Westteil bislang nicht entstanden. Die Begründung liegt in der geringeren Zahl von Ausländern, der fehlenden Dominanz einer ethnischen Gruppe und in der eher unproblematischen Eingewöhnung der Vietnamesen und Polen, die die Mehrzahl der Ausländer stellen. Der neuere Umzug von expandierenden türkischen und italienischen Selbstständigen von West- nach Ost-Berlin trifft auf Grund der angespannten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation in den meisten Bezirken der östlichen Stadthälfte weniger auf Wohlwollen und Akzeptanz als im West-Berlin der 60er-Jahre. Als wenig proble-

matisch erweist sich der Zuzug von EU-Ausländern in die aufgewerteten Ostbezirke Mitte, Prenzlauer Berg und Pankow.

Zur Erreichung weiterer Integrationsfortschritte in Berlin-West und -Ost steht eine differenziertere Bewertung des theorielosen und unverbindlichen Multikulturalismus aus den 60er- und 70er-Jahren an. Insbesondere als »Integrationskonzept Generale« hat er sich als ungeeignet erwiesen. Hinsichtlich aller kommunalen Aktivitäten und Angebote, wie Integrationskurse, Familien- und Stadtteilmanagement sowie Wohngebiets- und Stadtgestaltung, lehrt die Geschichte, dass bei jedweder Förderung auch Integrationswilligkeit und aktive Mithilfe der Zuwanderer, ihrer Akteure, Organisationen und Familien zu fordern ist. Die Verantwortlichen in der Kommune sollten von einem festen Gestaltungswillen und dessen Durchsetzung auch in einem schwierigen multinationalen Milieu ausgehen.